

EINE MARGINALIE ZUM ÖSTERREICHISCHEN LANDRECHT DES 13. JAHRHUNDERTS

Von *Othmar Hageneder*

Seit über 100 Jahren bildet das Problem der beiden Fassungen des Österreichischen Landrechts des 13. Jahrhunderts einen manchmal heiß diskutierten Gegenstand der verfassungsgeschichtlichen Forschung in unserem Lande. So sei auf Namen wie Heinrich Siegel, Victor Hasenöhr, Arnold Luschin, Alfons Dopsch, Miroslaw Stieber, Harold Steinacker, Karl-Hans Ganahl und zuletzt Max Weltin hingewiesen. Im Verlauf dieser Diskussion, der nicht geschildert werden muß¹⁾, sind einige wichtige Studien im Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich erschienen²⁾, das sich somit auch auf diesem Gebiet als wichtiges Organ der österreichischen landesgeschichtlichen Forschung erwiesen hat.

Der letzte und bislang abschließende Beitrag stammt von Max Weltin. Nach seinen überzeugenden Ausführungen entstand die erste, kürzere Fassung des Landrechts, die sich als ein Weistum aus der Zeit Herzog Leopolds VI. (1198 - 1230) ausgibt, in den ersten Jahren der Herrschaft Rudolfs I., vielleicht 1278, während für die zweite, längere Fassung der schon auf Luschin zurückgehende Ansatz zu 1298 akzeptiert wurde³⁾; eine These, die in ihrer Gesamtheit inzwischen Anerkennung gefunden hat⁴⁾.

¹⁾ Vgl. zuletzt Karl-Hans G a n a h l, Versuch einer Geschichte des österr. Landrechts im 13. Jahrhundert, in: Mitteilungen des Instituts für österr. Geschichtsforschung (MIÖG), Erg. Bd. 13 (1935) 237-239 und Max W e l t i n, Das österr. Landrecht des 13. Jahrhunderts im Spiegel der Verfassungsentwicklung, in: Recht und Schrift im Mittelalter (Vorträge und Forschungen, hg. vom Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte 23) 1977, 381-384.

²⁾ Alfons D o p s c h, Epilegomena zum österreichischen Landrecht, in: Jahrbuch für Landeskunde von NÖ NF (JLNÖ) 13/14 (1914/15) 161-195. Harold S t e i n a c k e r, Über die Entstehung der beiden Fassungen des österr. Landrechtes, in: JLNÖ 15/16 (1916/17) 230-301.

³⁾ W e l t i n, Landrecht (wie Anm. 1) bes. 423 f.

⁴⁾ So z.B. Heinz L i e b e r i c h in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Germanist. Abt. (ZRG

Damit ist der lange Zeit vertretene Zusammenhang von LR I mit der teilweisen Eroberung Österreichs von Seiten Kaiser Friedrichs II. in den Jahren 1236/37 aufgegeben worden; ein Zusammenhang, an dem noch 1935 Karl-Hans Ganahl in seinem bedeutenden „Versuch einer Geschichte des österreichischen Landrechts im 13. Jahrhundert“ insofern festhielt, als er einen babenbergischen Kern der seiner Ansicht nach stufenweise entstandenen Rechtsaufzeichnung annahm⁵⁾. Dieser sollte 1236/37 auf Veranlassung des Stauferkaisers und im Zusammenwirken mit dem höheren Landesadel entstanden sein, wobei man sich nach Ansicht des Verfassers durchaus einer noch vor 1230 verfaßten Rechtsaufzeichnung bedient haben mochte⁶⁾. Die Erinnerung an einen derartigen Akt Friedrichs II. scheint noch zu Ende des 13. Jahrhunderts vorhanden gewesen zu sein, wie es dementsprechende Bemerkungen der Steirischen Reimchronik nahelegen⁷⁾. Eines der stärksten Argumente, welches Ganahl für diese teilweise Landrechtsredaktion noch in babenbergischer Zeit anzuführen in der Lage war, bildeten jedoch Art. 2 bzw. § 2 der beiden Textfassungen. In ihnen heißt es, daß es dem Landesherren nicht erlaubt sei, einen Ministerialen (Dienstmann) dem summarischen Verfahren der Landfrage zu unterwerfen⁸⁾. Dabei handelt es sich um ein Rügegericht, das vor allem der Verfolgung von Räubern und Friedensbrechern aller Art diene und in dem die eidliche Erklärung von sieben anwesenden Personen genüge, um einen Schuldbeweis zu erbringen, der meist das Todesurteil zur Folge hatte. Ziemlich sicher ist in dieser Bestimmung eine Reaktion auf die Regierung des Böhmenkönigs Ottokar II. zu sehen, während welcher von der Landfrage, später das Gereune genannt, wie sie der österreichische Landfrieden von 1254 vorsah, ziemlich häufig Gebrauch gemacht worden sein dürfte⁹⁾. Die Aufzeichnung dieses Artikels zu Beginn der Regierung König Rudolfs läßt sich demnach leicht begreifen.

Allerdings scheint dem die weitere Folge seines Textes zu widersprechen. Dort wird nämlich unter anderem ausgeführt, daß in Kriminalsachen das letzte Urteil über die

GA) 96 (1979) 282. Folker Reichert, Landesherrschaft, Adel und Vogtei. Zur Vorgeschichte des spätmittelalterlichen Ständestaates im Herzogtum Österreich (Beihefte zum Archiv für Kulturgeschichte 23) Köln-Wien 1985, 101, 115 f., 367, 391. Heinrich Mittels-Heinz Lieberich, Deutsche Rechtsgeschichte, Ein Studienbuch, 16. Aufl. München 1981, 276.

⁵⁾ Ganahl, Versuch (wie Anm. 1) 250-268.

⁶⁾ Ebenda 249.

⁷⁾ Siehe unten, Anm. 27, 28.

⁸⁾ Ernst Frh. v. Schwind und Alfons Doppsch, Ausgewählte Urkunden zur Verfassungs-Geschichte der deutsch-österreich. Erblande im Mittelalter, Innsbruck 1895 (Nachdruck Aalen 1968) 55 f., Z. 29 f., Nr. 34: *Es sol auch der landesherre dhainen dienstman nicht übersagen umb was er tut*. Vgl. Otto v. Zallinger, Das Verfahren gegen die landschädlichen Leute. Ein Beitrag zur mittelalterlich-deutschen Strafrechts-Geschichte, Innsbruck 1895, 137-141, bes. 140.

⁹⁾ Landfriede von 1254 § 29: *Die lantrichter suln vrag haben schedelicher leüte; und swer übersagt wirt, uber den sol man rihten als reht ist*: Monumenta Germaniae historica, Constitutiones 2, Hannover 1896, 608, Z. 1 f. Zallinger, Das Verfahren (wie Anm. 8) 95. Alfred v. Wretschko, Das österr. Marschallamt im Mittelalter. Ein Beitrag zur Geschichte der Verwaltung in den Territorien des deutschen Reiches, Wien 1897, 103 f. Ganahl, Versuch (wie Anm. 1) 337 f. Weltin, Landrecht (wie Anm. 1) 403 f.

Dienstmannen des Landes bei Kaiser und Reich liegen solle, *wann si von dem reiche des landesherrn lehen sind*¹⁰). Das heißt, daß der Herzog von Österreich die Ministerialen als Stand vom Reich zu Lehen trägt. Eine solche Formulierung ist auffällig. Doch hat bereits Ganahl auf eine entsprechende Parallelstelle hingewiesen und als Vorlage unserer Landrechtsstelle erkannt. Es handelt sich um das 1236 von Kaiser Friedrich II. an den König von Böhmen gerichtete Manifest, in dem er gegen den gleichnamigen Babenbergerherzog eine Reihe von Vorwürfen aufzählt; darunter jenen: *Ministeriales et alios impheudatos, quos ab imperio tenet, tanto graviori prosequitur voluntate, quanto in odium nostrum et imperii de ipsis cogitur dubitare*¹¹). Auch hier werden also die Ministerialen des Landes, ebenso wie im ÖLR, als Lehen des Herzogs vom Reich deklariert¹²). Eine derartige Rechtsstellung, in welcher der ganze Stand als Lehensobjekt erscheint, ist 1237 auch im Privileg des Stauferkaisers für den steirischen Adel angedeutet. Darin heißt es, die *ministeriales et comprovinciales Styrie, fideles nostri* (d. i. des Kaisers) hätten ihn gebeten, *ut eos in nostra et imperii ditione perpetuo recipere ac tenere nullique alii concedere... dignaremur*. Friedrich nimmt sie daraufhin *sub nostram et imperii... dicionem, ut non nisi a nobis imperatoribus et regibus, successoribus nostris, perpetuo teneantur*¹³). Wohl werden die Ministerialen hier aus politischen Gründen direkt der Herrschaft des Reiches unterstellt und jede andere ausgeschlossen, wobei in erster Linie der Babenberger Herzog gemeint ist, doch hat man m. E. gerade dadurch zum Ausdruck gebracht, daß ein solches Übertragen (*concedere*) von Seiten des Reiches in eine fremde Gewalt zumindest im Bereich der Möglichkeit lag. Allerdings hatten die steirischen Ministerialen fürs erste eine direkte Verbindung zum Kaiser erlangt und unterschieden sich darin von ihren österreichischen Standesgenossen, die nur als Teil des vom Reich zu Lehen gehenden Landes galten¹⁴). Ähnlich war es schon 1235 gewesen, als bei der Errichtung des

¹⁰ Schwind-Dopsch, Ausgewählte Urkunden (wie Anm. 8) 56, Z. 5 f., Nr. 34. Ganahl, Versuch (wie Anm. 1) 256–261. An Verrat und Untreue wider den Landesherrn denkt dabei Heinrich Siegel, Die rechtliche Stellung der Dienstmannen in Österreich im zwölften und dreizehnten Jahrhundert, in: Sitzungsberichte der phil.-hist. Classe der kais. Akademie der Wissenschaften in Wien 102/1 (1883) 264.

¹¹ MGH, Const. 2, 271, Z. 10 f., Nr. 201. Vgl. Ganahl, Versuch (wie Anm. 1) 260 f., der den Text nach Huillard-Breholles, Historia diplomatica Friderici secundi IV/2, Paris 1855, 855 und dem Urkundenbuch des Herzogtums Steiermark 2, Wien 1879, 444, bietet.

¹² Vgl. auch Karl Bosl, Die Reichsministerialität der Salier und Staufer. Ein Beitrag zur Geschichte des hochmittelalterlichen deutschen Volkes, Staates und Reiches 2 (Schriften der Monumenta Germaniae historica 10) Stuttgart 1951, 487 f. Zu Michael Mitterauer, Formen adeliger Herrschaftsbildung im hochmittelalterlichen Österreich. Zur Frage der „autogenen Hoheitsrechte“, in: MIÖG 80 (1972) 317 f. und Mitterauer, Ständegliederung und Ländertypen, in: Herrschaftsstruktur und Ständebildung 3 (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien) Wien 1973, 139: (*das*) kann sich... nicht auf die Person, sondern nur auf den Besitz beziehen, bzw.: Auch die österreichischen Ministerialen wurden offenbar wegen ihrer Ausstattung aus Königsgut als Reichsministerialen angesehen, vgl. Othmar Hageneder, Landesbildung, Herrschaftsstruktur und Ländertypen. Zu einer neuen Studie über die mittelalterlichen Grundlagen der Ständebildung in Österreich, UH 45 (1974) 159 f. und jetzt ausführlich Max Weitin, Die Gedichte des sogenannten „Seifried Helbling“ als Quelle für die Ständebildung in Österreich, JLNÖ 50/51 (1984/85) 378–380, 392–400.

¹³ Schwind-Dopsch, Ausgewählte Urkunden (wie Anm. 8) 77, Z. 27–33, 78, Z. 1–3, Nr. 36. Vgl. Friedrich Hausmann, Kaiser Friedrich II. und Österreich, in: Probleme um Friedrich II. (Vorträge und Forschungen 16) 1974, 257 f.

¹⁴ Hageneder, Landesbildung (wie Anm. 12) 159 f.

Herzogtums Braunschweig-Lüneburg als Zugeständnis an den neu kreierte Reichsfürsten dessen Ministerialen zu Reichsministerialen erhoben und mit deren Rechten ausgestattet wurden¹⁵⁾.

Das heißt, die österreichische Situation, in welcher die Dienstmannen ein Lehensobjekt darstellen, war bereits in der Zeit des Staufers Friedrich II. nicht mehr die Regel.

Wahrscheinlich liegen ihr ältere Vorstellungen zugrunde, die mit der ursprünglichen Unfreiheit der Ministerialen zusammenhängen¹⁶⁾. Ein früheres Beispiel stellt z.B. ein Weistum dar, das 1194 Markgraf Albrecht von Meißen vor dem Erzbischof Konrad von Mainz als dem Vertreter des Kaisers gefunden hatte. Auf die Frage des Bischofs von Verden, vor welchem Richter er gegen Rechtsansprüche, die auf einen seiner Ministerialen erhoben würden, einzutreten habe¹⁷⁾, erfolgte die Antwort, daß dafür nur der Kaiser in Frage komme, *a quo ipse episcopatum et ministeriales cum reliquis attineneciis teneret*¹⁸⁾. Auch hier bilden also die Ministerialen gemeinsam mit dem Hochstift das Objekt der Leihe.

Eine derartige Vorstellung entspricht der damaligen Ansicht, daß die Ministerialen zum Lande gehören und daher auch mit diesen verliehen werden¹⁹⁾. Sehr deutlich kommt das z.B. in der Gelnhäuser Urkunde von 1180 zum Ausdruck, als nach dem Sturz Heinrichs des Löwen Friedrich I. Barbarossa dem Erzbischof von Köln das Herzogtum Westfalen verleiht und zwar *cum omni iure et iurisdicione, videlicet cum comitatibus, cum advocatiis, cum conductibus, cum mansis, cum curtibus, cum beneficiis, cum ministerialibus, cum mancipiis...*²⁰⁾.

Doch nun zurück zur österreichischen Entwicklung des 13. Jahrhunderts. Unter der Herrschaft des Böhmenkönigs Ottokar II. verloren sowohl die steirischen Ministerialen als auch jene Österreichs ihren Bezug zum Reich. Ein solcher lebte erst wieder 1276 auf, als sich die Grafen von Heunburg und Pfannberg sowie die bedeutenderen

¹⁵⁾ Lorenz We in r i c h , Quellen zur deutschen Verfassungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters, Frh. vom Stein-Gedächtnisausgabe 32) Darmstadt 1977, 488: *Ceterum ministeriales suos in ministeriales imperii assumentes, eidem concessimus eosdem ministeriales iuribus illis uti, quibus imperii ministeriales utuntur*. Vgl. G a n a h l , Versuch (wie Anm. 1) 261, Anm. 3 und B o s l , Reichsministerialität (wie Anm. 12) 479, 587, sowie Egon B o s h o f , Die Entstehung des Herzogtums Braunschweig-Lüneburg, in: Heinrich der Löwe, hg. von Wolf-Dieter M o h r m a n n (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung 39) 1980, 272 f.

¹⁶⁾ Ähnlich auch G a n a h l , Versuch (wie Anm. 1) 261 f. Vgl. dazu etwa Heinz D o p s c h , Ministerialität und Herrenstand in der Steiermark und in Salzburg, in: Zeitschrift des histor. Vereins für Steiermark 62 (1971) 25. D e r s e l b e , Probleme ständischer Wandlung beim Adel Österreichs, der Steiermark und Salzburgs, vornehmlich im 13. Jahrhundert, in: Herrschaft und Stand (Untersuchungen zur Sozialgeschichte im 13. Jahrhundert) Göttingen 1977, 233.

¹⁷⁾ Mainzer Urkundenbuch 2/2, bearbeitet von Peter A c h t , Darmstadt 1971, 985, Nr. 598: *sententiam postulavit, si forte quispiam in aliquo ministerialium ecclesie sue aliquid sibi iuris adiceret, ubi vel coram quo iudice idem episcopus...in hac causa respondere teneretur*.

¹⁸⁾ Ebenda. Vgl. auch Friedrich B a t t e n b e r g , Die Gerichtsstandsprivilegien der deutschen Kaiser und Könige bis zum Jahre 1451, 1 (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im alten Reich) Köln-Wien 1983, 98, Nr. 14.

¹⁹⁾ Eugen R o s e n t o c k , Königshaus und Stämme in Deutschland zwischen 911 und 1250, Leipzig 1914, 164 f. B o s l , Reichsministerialität (wie Anm. 12) 480.

²⁰⁾ Monumenta Germaniae historica, Diplomata Friderici I (Die Urkunden Friedrichs I. 1168-1180, bearbeitet von Heinrich A p p e l t), Hannover 1985, 363, Z. 2-4, Nr. 795.

steirischen und Kärntner Ministerialen im Reiner Bundesbrief zusammenschließen und König Rudolf I. Treue geloben, wobei sie sich, wohl in Erinnerung an das Stauferprivileg von 1237, *sacro imperio astricti...utpote vasalli ipsius imperii et fideles* bezeichnen²¹). Demgemäß bestätigte ein Jahr später der habsburgische König als Reichsoberhaupt dem steirischen Adel die erwähnten Freiheiten seines Vorgängers²²).

Aus derselben rechtlichen und politischen Situation heraus, nämlich der unmittelbaren Herrschaft des deutschen Königs, leiteten auch die österreichischen Ministerialen eine den steirischen Standesgenossen ähnliche Rechtsstellung ab. 1283 verweisen nämlich in einer Urkunde der österreichische Landrichter Otto von Haslau und acht weitere österreichische und steirische Ministeriale, wie der Marschall Stephan von Maissau, der Schenk Leutold von Kuenring und der obererennsische Landrichter Ulrich von Kapellen, auf die Zeit der Regentschaft Rudolfs I. über ihre Länder, die nun durch die Übertragung an seinen Sohn Albrecht I. ein Ende gefunden hatte. In dieser, jetzt vergangenen Periode der unmittelbaren Reichsherrschaft waren sie ihrer Meinung nach *suos fideles tunc sibi et Romano imperio immediate subiectos* gewesen und hatten damit einen Status bekleidet, der ihnen durch die Bestellung eines neuen Landesherren verloren gegangen war²³).

Deutlich ist jedenfalls eines zu sehen: während die österreichischen Dienstmannen im Manifest von 1236 und im ÖLR Lehensobjekte waren, scheinen jene der Steiermark 1237 und 1277 als ein direkt dem Reich unterstehender Stand auf, der sich gegen jede Vergabe an eine andere Herrschaft deutlich verwahrt. Von 1276 bis 1282 dachten sich die österreichischen Ministerialen ihre rechtliche Situation analog dazu²⁴).

²¹) Urkundenbuch des Herzogtums Steiermark 4, bearbeitet von Gerhard P f e r s c h y, Wien 1967, 357, Nr.600. Zu der dort gebrauchten Bezeichnung *ministeriales...meliores* vgl. D o p s c h, Probleme ständischer Wandlung (wie Anm. 16) 221, 226. Zur Urkunde vgl. auch Gerhard P f e r s c h y, Zur Geschichte des Reiner Schwurs, in: Blätter für Heimatkunde 50 (1976) 168–173. D e r s e l b e, Der Schwur zu Rein und die Urkunde vom 19. Sept. 1276, in: Der Reiner Schwur, 700 Jahre, Rein 1976, 25–27, bes. 26 f. D e r s e l b e, Ottokar II. Přemysl, Ungarn und die Steiermark, in: Ottokarforschungen JLNÖ 44/45 (1978/79) 90.

²²) Io(hannes) Petrus a L u d e w i g, Reliquiae manuscritorum omni aevi diplomatum ac monumentorum ineditorum adhuc 4, Frankfurt und Leipzig 1722, 259, Nr. VIII. Franz Ferdinand S c h r ö t t e r, Dritte Abhandlung aus dem österreichischen Staatsrechte, von den Erbhuldigungen und Kleynodien der Erzherzoge von Oesterreich, Wien 1763, Beylagen 20 f., Nr. VIII. Vgl. Arnold L u s c h i n, Die Steirischen Landhandfesten. Ein kritischer Beitrag zur Gesch. des ständischen Lebens in der Steiermark, in: Beiträge zur Kunde steiermärkischer Geschichtsquellen 9 (1872) 145–147, 181 f. Die einzige bedeutende Textvariante gegenüber 1237 (s. oben, 85) lautet nach dem Druck bei L u d e w i g: *imperii...dicionem: imperii...tuitionem*. Vgl. dazu auch R e i c h e r t, Landesherrschaft (wie Anm. 4) 100 f.

²³) S c h w i n d - D o p s c h, Ausgewählte Urkunden (wie Anm. 8) 136, Z. 21 f., Nr. 69. Vgl. zum Ganzen auch Alfons D o p s c h, Neue Forschungen über das österr. Landesrecht, in: Archiv für Österr. Geschichte 106 (1918) 490, und Alfons D o p s c h, Die staatsrechtliche Stellung der Ministerialen in Österreich, in: MIOG 39 (1923) 238–243. Dopsch hatte sich bereits 1918 aus diesem Grund für eine Datierung von Art. 2 und § 2 des ÖLR in die Zeit von 1277 bis 1282 ausgesprochen.

²⁴) So auch G a n a h l, Versuch (wie Anm. 1) 261 f. Anders W e l t i n, Landrecht (wie Anm. 1) 398, der den Unterschied von „Ministerialen als Objekt des Lehensvertrages“ und „subjektive(r) Reichsunmittelbarkeit“ (so Ganahl) aus der objektiven und subjektiven Nennung der Ministerialen im Text der entsprechenden Urkunden zu erklären sucht.

Es stellt sich nun die Frage, warum um 1278, als LR I entstanden sein dürfte, die österreichischen Ministerialen ihre Lage nicht den Steirern angeglichen haben, umso mehr, als sie 1283 davon überzeugt waren, bereits seit dem Sturz Ottokars II. eine ähnliche Stellung wie diese eingenommen zu haben. Denn an der Redaktion des entsprechenden Artikels bzw. Paragraphen nach diesem Zeitpunkt dürfte schon wegen der erwähnten Befreiung der Dienstleute von der Landfrage nicht zu zweifeln sein²⁵⁾.

Der Unterschied in der Rechtsstellung der österreichischen Dienstmannen zu jener der steirischen Landherren, wie er im ÖLR zum Ausdruck kommt, mag nun mit der Art seiner Entstehung und ersten Redaktion zusammenhängen. Wie so etwas vor sich ging, schildert der österreichische Reimchronist zu 1298. Damals bot Herzog Albrecht I. nach seinem Sieg über Adolf von Nassau den Landherren von Österreich und Steier eine Neuerung und Besserung ihrer Landrechte an, was die Österreicher auch sogleich mit allen Kräften in Angriff nahmen, während jene von Steier nur die Bestätigung ihrer alten Freiheiten, besonders jener Friedrichs II., verlangten²⁶⁾. Auf ihn und seine Rechtssetzung in Österreich hatten sich dieselben Kreise schon 1295 zu Stockerau berufen²⁷⁾. Das erste Mal taucht der Name des Stauferkaisers jedoch 1282 auf, als die Landherren von Steier und Österreich auf dem Reichstag zu Augsburg versuchten, unter Hinweis auf die von Friedrich II. bestätigten

²⁵⁾ Siehe oben, 84

²⁶⁾ Ottokars österreichische Reimchronik, hg. von Joseph Seemüller, Monumenta Germaniae historica, Deutsche Chroniken 5/2, Hannover 1893, 975 f., Vers 73904-73951:

alrêrst der kunic kam
sîner sache über ein
mit den herren gemein
von Stîre und von Ôsterrîch.
in danct der kunic sîziclich
ir dienste und ir triwen.
ob si iht wolden niwen
und bezzern an ir landes reht,
'daz lob ich', sprach kunic Âlbreht,
'und gib mîn willen darzuo'.
nû trahten spâte unde fruo
von Ôsterrîche die herren,
wie si diu reht wolden verkêren,
daz ez in nutze wære;
dô jâhen die Stîrære
wider den kunic Albreht:
'herre, diu reht,
mit den der wacker
marcgrâf Ottacker
verkoufte unser lant
dem herzogen Liupolt genant,
...
und darnâch sîniu kint,

als sie uns vor sint
bestætiget von dem rîch,
als uns tet keiser Friderich,
anders ger wir, herre, niht,
wan als sîn hantveste giht,
daz uns diu werden von iu behalten.
unser vordern die alten,
den gap man den pris.
daz si wâren wîs,
die habent uns mit êren
von gnâdigen herren
disiu reht erworben,
an den niht ist verdorben,
ez sî eben gemezzen
...
mug wirz von iwern gnâden hân',
sprâchen si ze kunic Albrehten,
'so lât uns bî dem rehten,
des wir her walten
von unserm hern dem alten,
wesen und beliben
und geruoht uns diu verschriben
anders ger wir von iu niht'.

Vgl. dazu G a n a h l, Versuch (wie Anm. 1) 361, W e l t i n, Landrecht (wie Anm. 1) 401 und Othmar H a g e n e d e r, Über das fürstliche Gesetzgebungsrecht beim steirischen Reimchronisten, in: Festschrift für Nikolaus Grass 1, Innsbruck 1974, 459-481.

²⁷⁾ Österreichische Reimchronik (wie Anm. 26) 897, Vers 66444-66453. Vgl. G a n a h l, Versuch (wie Anm. 1) 247 f., W e l t i n, Landrecht (wie Anm. 1) 397 f.

Rechte ihre Reichsunmittelbarkeit zu bewahren²⁸). Die Herren von Steier konnten in diesem Zusammenhang ihr Privileg von 1237 vorlegen, die Österreicher dagegen hatten nichts Entsprechendes zu Verfügung – außer der Anklageschrift des Staufers von 1236, welche die erwähnte Bemerkung über die Ministerialen als Reichslehen des österreichischen Landesherren enthält.

Es ist nun sehr wahrscheinlich, daß man 1278 gerade auf dieses Manifest zurückgriff. Betrachtet man nämlich seine textliche Überlieferung, so zeigt sich, daß es allein in der sogenannten Briefsammlung des Petrus de Vinea, des bekannten Großhofrichters und Kanzlers Friedrichs II., überliefert ist. Zwei Handschriften, in denen es sich findet, nämlich die HS. Wilhering 60 und CVP 590, sind eng miteinander verwandt und dürften am Ende des 13. oder zu Beginn des 14. Jahrhunderts „wohl am ehesten in Österreich, vielleicht in Wien“, entstanden sein²⁹). Gerhart Ladner, dem wir die entsprechenden Erkenntnisse verdanken, meint nun, daß die gemeinsame Vorlage der beiden Codices (WW) zwischen 1276 und 1281 in Österreich hergestellt worden sei³⁰). Dabei kann er sich auf die Tatsache berufen, daß das Diktat spätstauferischer Briefe und Urkunden, die sich in den beiden angeführten Petrus de Vinea-Handschriften finden, auch in Urkunden Rudolfs I., die in dieser Zeit entstanden sind, verwendet wurde³¹). Dazu kommt, daß der Codex Wilhering 60 noch eine Sammlung von Exordien enthält, die z.T. in der Kanzlei Rudolfs I. in Gebrauch standen und manchmal Verwandtschaft mit der friderizianischen Urkundensprache aufweisen³²). Es ist demnach möglich, daß die dem Petrus de Vinea zugehörigen Teile dieser Vorlage der beiden österreichischen Handschriften durch einen sizilischen oder italienischen Notar der spätstauferischen Kanzlei nach Österreich gebracht wurden und hier an der Kanzlei des habsburgischen Königs zur Anwendung kamen³³).

²⁸) Österr. Reimchronik, MGH D Chr, 5/1, Hannover 1890, 262, Vers 19785–19793:

den sagt man : 'sie sint komen her
von Sfîre und von Österrîche
unde muotent an daz rîche,
daz in der kunic geruoch behalten
diu reht, der si die alten
fursten habent niht verzigen,
diu man in sach bestætigen
den kaiser Friderichen'.

Vgl. We l t i n , Landrecht (wie Anm. 1) 400.

²⁹) MGH Const. 2, 269, Nr. 201, Vorbemerkung und Gerhart L a d n e r , Formularbehefe in der Kanzlei Kaiser Friedrichs II. und die „Briefe des Petrus de Vinea“, in: MIÖG Erg. Bd. 12 (1933) 168 – 170, Zitat auf 170.

³⁰) L a d n e r , Formularbehefe (wie Anm. 29) 187 – 189.

³¹) Ebenda, 188 – 191.

³²) Ebenda, 174 – 185, 191.

³³) Ebenda, 194. Zustimmung zu diesen Thesen äußerte sich auch Hans Martin S c h a l l e r , Zur Entstehung der sogenannten Briefsammlung des Petrus de Vinea, in: Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters 12 (1956) 151. Anders Hans-Eberhard H i l p e r t , Kaiser- und Papstbriefe in der Chronica majora des Matthaues Paris (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 9) Stuttgart 1981, 126, dessen Ausführungen allerdings das hier behandelte Problem nicht berühren (für den freundlichen Hinweis auf die Arbeit danke ich Hans Martin Schaller).

Nimmt man all das zusammen, kann die Verwandtschaft des Manifests Friedrichs II. von 1236 mit dem Art. 2 von LR I für die Zeit um 1278 nicht mehr verwundern. Das entsprechende Material war vorhanden und wurde von den österreichischen Landherren wahrscheinlich dem König vorgelegt. Mit dieser Feststellung wird auch ein Einblick in die Methode mittelalterlicher Rechtskodifikation gewonnen: man suchte seine Rechte soweit als möglich durch Autoritäten abzusichern und nahm dazu alles, was man fand³⁴); auch dann, wenn ein solches Vorgehen fürs erste eine rechtliche Minderstellung mit sich zu bringen schien, wie sie in unserem Falle die österreichischen Landherren gegenüber jenen der Steiermark in Kauf genommen haben dürften³⁵).

³⁴) Vgl. dazu R e i c h e r t , Landesherrschaft (wie Anm. 4) 366 – 368, der anhand des Berichtes des Johann von Viktring über die Entstehung der Kärntner Landhandfeste von 1338 anschaulich die Kodifikation eines Landrechts darlegt (freundlicher Hinweis von Max Weltin).

³⁵) Daß die Position der österreichischen Landherren, wie sie im Manifest von 1236 und in den beiden Fassungen des ÖLR zum Ausdruck kommt, von diesen gegenüber der 1237 verbrieften „Reichsunmittelbarkeit“ der steirischen Ministerialen als eine Schlechterstellung empfunden worden ist, bezweifelt Max W e l t i n , Die „Georgenberger Handfeste“ und ihr Stellenwert in der Geschichte der Länder ob und unter der Enns, in: Lebensformen im Mittelalter. 800 Jahre Georgenberger Handfeste (Mitt. d. Museumvereines Lauriacum Enns) Enns 1986, 64, der auch in der Lehensübertragung der Dienstmannen „ihre de jure Reichsunmittelbarkeit ... begründet“ sehen möchte. Dazu mag unter anderem bedacht werden, daß Kaiser Friedrich II. 1237 deutlich erklärt, er wolle die unter die Herrschaft (*dicio*) des Reiches genommenen Steirer niemand anderem übertragen (*concedere*), womit er also deutlich zwischen beiden Rechtsformen unterschied und die zweite als die mindere betrachtete.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich](#)

Jahr/Year: 1986

Band/Volume: [53](#)

Autor(en)/Author(s): Hageneder Othmar

Artikel/Article: [Eine Marginale zum österreichischen Landrecht des 13. Jahrhunderts 83-90](#)